SPIEGEL: Die Differenzen zwischen Ihnen und Blüm liegen bei der Schätzung des zu erwartenden Einkommensanstiegs.

STOLTENBERG: Beim Einkommenszuwachs von 3,5 Prozent ist in der Tat der oberste denkbare Wert gewählt worden. Es kann sein, daß wir nach den Tarifvereinbarungen, insbesondere bei Metall als Folge der 38,5-Stunden-Woche und in anderen Bereichen, darunterbleiben. Deswegen habe ich ausdrücklich zugestimmt, daß Norbert Blüm in der Rentenversicherung eine Alternativrechnung macht mit einem Einkommenszuwachs von nur drei Prozent.

SPIEGEL: Der Konsolidierungsbedarf bei der Rentenversicherung stützt sich aber doch auf eine niedrigere Entgeltannahme. Ihre Steuerrechnungen dagegen beruhen auf einem höheren Wert.

STOLTENBERG: Ich habe jetzt zwei Jahre von einigen Politikern, auch in der Koalition, gelegentlich den Vorwurf gehört, der Finanzminister rechne sich immer arm. Jetzt wollen Sie mir vorrechnen, ich rechne mich reich. Ich habe weder das eine noch das andere vor.

SPIEGEL: Nur *eine* Entwicklung wird eintreten.

STOLTENBERG: Ich halte die Grundannahmen für die Steuereinschätzung für behutsam, für realistisch und sage ausdrücklich, in dieser Entgeltsentwicklung gibt es einen Unsicherheitsfaktor. Aber wir können ja auch drei Prozent Wachstum statt 2,7 erreichen. Das ist sehr gut möglich, und dann wäre das mögliche Manko bei den Löhnen wieder eingefangen.

SPIEGEL: Sie sind jetzt zwei Jahre Finanzminister, haben einiges durchlebt, erlitten . . .

STOLTENBERG: . . . mehr erlebt als durchlitten.

SPIEGEL: Nach diesen Erfahrungen: Haben Sie eigentlich mit Ihrem jetzigen Amt Ihr Lebensziel erreicht?

STOLTENBERG: Ich habe als Politiker nie eine sogenannte Karriereplanung gemacht. Ich bin mit allen Aufgaben, die ich seit Mitte der 60er Jahre hatte, sehr zufrieden gewesen, ich bin es jetzt auch.

SPIEGEL: Gefällt es Ihnen, daß Sie von Freund und Feind als natürlicher Nachfolger von Helmut Kohl gesehen werden für den Fall, daß der Kanzler aus irgendeinem Grunde ausfallen würde?

STOLTENBERG: Es ist in einer Demokratie wohl unvermeidbar, daß Journalisten und vielleicht auch manche Politiker . . .

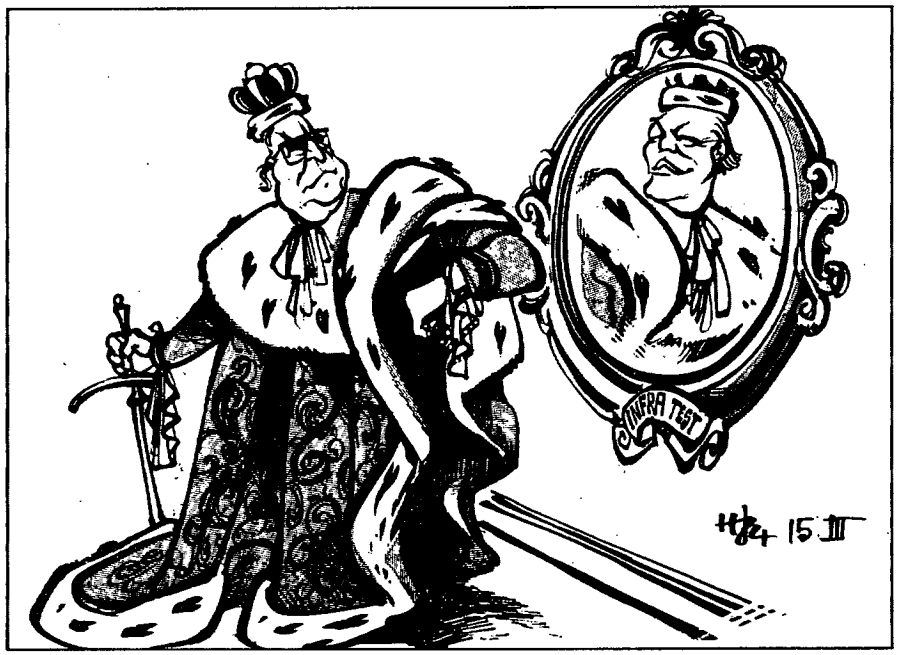
SPIEGEL: . . . viele Politiker . . .

STOLTENBERG: . . . solche Spekulationen anstellen. Ich halte nicht viel davon, weil die Grundlage einer erfolgreichen Arbeit für mich auch das sehr vertrauensvolle und gute Verhältnis ist, das mich mit dem Bundeskanzler verbindet. Dieses gute Verhältnis soll auch weiterhin Bestand haben. Wenn ich auch nur gedanklich mich an solchen Spekulationen beteilige, dann wäre das nicht sehr sinnvoll und gut.

SPIEGEL: Sind Sie sich Ihrer Gedanken so sicher? Manchmal schießt einem ja was in den Kopf.

STOLTENBERG: Ich bin in der Tat ein auf konkrete, jetzt gestellte Aufgaben hin orientierter Politiker. Von Spekulationen halte ich wenig.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



tz, München

„Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Beste im ganzen Land?"

ERZIEHUNGSGELD

Baby-Stopper

Streit um die Arbeitsplatzgarantie für junge Mütter und Väter: Nach den Liberalen kritisiert jetzt auch der CDU-Wirtschaftsrat den Familienminister Heiner Geißler.

Helmut Kohls Krisenmanager sah keinen Anlaß zum Eingreifen. „Ich bin nicht dazu da", sprach Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, „Diskussionsprozesse zu verhindern."

Dazu ist es auch zu spät, es gibt Streit in der Koalition. Vergangene Woche griffen die Liberalen den Familienminister Heiner Geißler an, diese Woche wollen Unionsabgeordnete aus Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung nachziehen.

Der Unternehmerflügel der Koalition tritt an, ein Kernstück aus dem vom Familienminister verkündeten Konzept des Erziehungsgeldes herauszunehmen: Die Arbeitsplatzgarantie für Mütter oder Väter, die sich ein Jahr lang ausschließlich ihrem Kind widmen, soll gekippt werden.

Der Zorn der Koalitionsrechten richtet sich nicht gegen das Erziehungsgeld. Bereits im Juli vorigen Jahres hatte das Kabinett sich darauf verständigt, allen Müttern oder Vätern den Entschluß zum Kind durch ein Handgeld von 600 Mark pro Monat zu erleichtern. Mindestens sechs Monate lang soll der Zuschuß überwiesen werden, ein weiteres halbes Jahr dann, wenn das Familieneinkommen unterhalb einer bestimmten Grenze liegt.

Schon bei der Vorbereitung des Referentenentwurfs hatte es Geißler allerdings schwer, sich durchzusetzen. So wollte Finanzminister Gerhard Stoltenberg das Erziehungsgeld auf Wohngeld und Sozialhilfe angerechnet sehen. Und Arbeitsminister Norbert Blüm gefiel nicht, daß eine neue, verwaltungsaufwendige Einkommensgrenze eingeführt wird. Er mißbilligte auch die Finanzierung aus drei Töpfen: Zahlen müssen Arbeitgeber, Krankenkassen und der Finanzminister.

Doch Stoltenberg und Blüm stimmten dem Referentenentwurf schließlich zu. Da sperrte sich auch Wirtschaftsminister Martin Bangemann nicht länger – ohne freilich jede Einzelheit des Gesetzes zu billigen.

Der Öffentlichkeit verkündete Geißler dann, was keineswegs Allgemeingut in der Koalition ist: Jeder Vater und jede Mutter, die das Erziehungsgeld in Anspruch nähmen, müßten die Garantie haben, nach einem Jahr wieder auf ihren früheren Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Geißler: „Das muß einen hohen Stellenwert haben." Ein Erziehungsgeld ohne Arbeitsplatzgarantie sei ein „Baby-Stopper".

Der Vorstoß weckte bei den Liberalen Otto Graf Lambsdorff und Bangemann, aber auch beim Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss, offenbar das soziale Gewissen. Einhellig protestierten sie mit dem Argument, eine Arbeitsplatzgarantie werde nur dazu führen, daß junge Frauen im gebärfähigen Alter erst gar nicht beschäftigt würden. Lambsdorff: „Ein Einstellungshindernis par excellence."

Das läßt Geißler nicht gelten. Ob seine Kritiker denn tatsächlich glaubten, fragt der CDU-Generalsekretär unschuldig, daß Deutschlands Unternehmer allesamt bereit seien, die Verfassung zu brechen. Darin stehe nämlich, daß Frauen nicht diskriminiert werden dürften. Außerdem habe die Arbeitsplatzgarantie für Wehrpflichtige und Zivildienstler bislang auch keinen Anstellungsstopp für junge Männer bewirkt.

Der Familienminister rechnet sich sogar einen positiven Einfluß auf den Arbeitsmarkt aus. Das geplante Beschäftigungsförderungsgesetz des Arbeitsministers erleichtere nämlich den Abschluß von Zeitkontrakten. Die Unternehmer könnten also für 12 bis 14 Monate Aushilfskräfte engagieren. Bei einer so langen Vertragsdauer lohne sich das, weil die kurze Einarbeitungszeit dann als Kostenfaktor nicht mehr ins Gewicht falle.

Dieses Argument aber will noch nicht einmal Geißler-Freund Blüm schlucken. Er will Zeitarbeitsverträge – gedacht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – nur für einige Jahre zulassen. Das müsse auch so bleiben, weil sonst die Gefahr bestehe, daß Dauerarbeitsplätze mit leicht kündbaren Zeitarbeitern besetzt würden.

Familienminister Geißler
Bärendienst für junge Eltern?

Kanzleramtschef Schäuble
„Eine schöpferische Unruhe"

Trotz des breiten Widerstandes in der FDP wie im eigenen Lager ist Geißler zuversichtlich: „Ich glaube nicht, daß dies ein Punkt ist, der in der Koalition nicht lösbar wäre."

Die FDP will er an ihrem schwächsten Punkt packen. „Was mich bekümmert," klagt der CDU-Generalsekretär, der auf eine Koalition mit den Liberalen auch nach 1987 setzt, „ist die mangelnde wahlstrategische Kompetenz der FDP."

Mit ihrem Widerstand gegen die Familienpolitik der Union seien die Freidemokraten schon bei der baden-württembergischen Landtagswahl gescheitert: „Damit haben sie Lothar Späth eine große Freude gemacht."

Die Liberalen dürften laut Geißler in dieser Frage nicht auf Otto Graf Lambsdorff hören. Sie sollten lieber einer „sehr weitsichtigen Frau" folgen, der FDP-Sozialexpertin Irmgard Adam-Schwaetzer. Die habe gleich erkannt, daß erst die Arbeitsplatzgarantie das Erziehungsgeld zu einem wirksamen Angebot mache.

Den Protest der eigenen Parteifreunde aus dem Unternehmerlager, sie hätten erst aus der Zeitung von seinen Plänen erfahren, kann Geißler „gar nicht verstehen".

Seit zwei Jahren spreche er im Bundestag in jeder einschlägigen Rede von der Arbeitsplatzgarantie. Außerdem sei dieser Plan in den von Parteipräsidium und Vorstand gebilligten „Leitsätzen" der CDU verankert. Schon deswegen könne das von Kohl-Vertrauten verbreitete Gerücht, der Kanzler sei sauer auf ihn, natürlich nicht stimmen.

Auch Kohls Hausmeier Schäuble versucht, das Durcheinander in Koalition und Partei herunterzuspielen: „Das ist eine schöpferische Unruhe."

GRÜNE

Invasion von der Wega

Vier Grüne konnten ihren chinesischen Gastgebern nicht erklären, wohin die Reise der deutschen Alternativen geht.

Die Telephonistin in Frankfurt, die am Dienstag letzter Woche ein Gespräch aus dem Schanghaier Jinjiang-Hotel vermittelte, vergaß ihre berufsübliche Zurückhaltung. „Frau Schoppe", fragte sie verblüfft, als sich die Teilnehmerin meldete, „was machen Sie denn in China?"

Das hatte sich Waltraud Schoppe, Fraktionssprecherin der Grünen in Bonn, zunächst selbst gefragt, als sie vor einiger Zeit von den Reiseplänen hörte: „Ja, was wollen die Grünen in China?"

Auch Alternative erholen sich gern vom Bonner Streß, da unterscheiden sie sich nicht von den Parlamentariern der Alt-Parteien. Und steht ein Reiseziel erst mal fest, dann lassen sich auch politische Gründe für Exkursionen in entlegene Winkel der Welt finden.

Die lieferte seiner Fraktionsspitze der Abgeordnete Joschka Fischer, Initiator der Expedition ins Reich der Mitte. Die Chinesen seien, argumentierte er, wegen ihrer blockunabhängigen Politik und ihrer Wirtschaftsreform ideale Gesprächspartner für die Grünen. Der Frauen-Vorstand ließ sich rasch überzeugen und schickte Waltraud Schoppe mit nach China. Der Sprecherin, sonst Vorkämpferin für die Gleichberechtigung, kam, nach einigem Nachdenken, der Plan so abwegig gar nicht mehr vor. Es sei doch ganz gut, sich an Ort und Stelle mal umzusehen, „wieso das mit dem Sozialismus nirgends klappt".

Für das Forschungsziel, nach grüner Art hochgesteckt, interessierte sich auch die verhinderte Nachrückerin Hannelore Saibold. Die Öko-Expertin holte sich vom zuständigen Fraktions-Arbeitskreis grünes Licht für die Reise, um sich über chinesische Landwirtschafts- und Umweltpolitik zu informieren. Das Ticket sollte wohl ein Trostpflaster dafür sein, daß sie nicht in den Bundestag einziehen darf – weil Petra Kelly, die nicht rotieren will, ihr Mandat behält.

Das vierte Mitglied der Delegation, der Abgeordnete Hubert Kleinert, mußte von seinem hessischen Parteifreund Fischer zur Teilnahme förmlich überredet werden. Der Grünen-Haushälter bekundete vor dem Abflug nach Peking, daß er „eigentlich gar keine Lust mehr" verspüre. Kleinert wollte nicht in den Verdacht geraten, er sei vergnügungssüchtig. Schließlich war er, als Mitglied einer deutsch-indischen Parlamentariergruppe, gerade durch Indien, Sri Lanka und Burma gefahren.

Obwohl die anderen drei zum erstenmal auf großer Fernost-Fahrt waren,